



Hechler, Katrin	SPD	in Vertretung für Matthias Baaß (zeitweise anwesend)
Buschmann, Irma	SPD	in Vertretung für Willi Thomas (siehe auch Haupt-, Finanz- und Personalausschuss)
Hartmann, Karin	SPD	in Vertretung für Heinz-Jürgen Schocke (siehe auch Haupt-, Finanz- und Personal- ausschuss)
Schröder, Willy	SPD	
Apfel, Franz	GRÜNE	
Kramer, Benjamin	CDU	

**Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):**

Bitsch, Peter	REP
Appelt, Michael	DIE LINKE

**Haupt-, Finanz- und Personalausschuss**

**Ausschussvorsitzender:**

Schneider, Gottfried	CDU
----------------------	-----

**Ausschussmitglieder:**

Gärtner, Karin	CDU	in Vertretung für Ilona Dörr (siehe auch Ausschuss für Schule und Soziales)
Jöst, Günther	CDU	in Vertretung für Joachim Kunkel
Metzger, Gisela	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	(ab 17:45 Uhr)
Fiedler, Josef	SPD	
Buschmann, Irma	SPD	in Vertretung für Gerhard Herbert (siehe auch Ausschuss für Schule und Soziales)
Kaltwasser, Jürgen	SPD	(bis 19:25 Uhr)
Hartmann, Karin	SPD	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	(bis 19:25 Uhr)
Dr. Greif, Martin	FWG	
von Hunnius, Roland	FDP	

**Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):**

Hoch, Haymo	REP
Jojade, Jürgen	DIE LINKE

**Kreisausschuss:**

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat (zeitweise)
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter

**Verwaltung:**

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Lienert, Stefan	Finanz- und Rechnungswesen
Marx, Patrick	Finanz- und Rechnungswesen
Zubrod, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen

Michel, Christina	Controlling
Bickelhaupt, Reinhold	ÖPNV (zeitweise)
Burelbach, Rainer	Eigenbetrieb Neue Wege
Vinzenz, Werner	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (zeitweise)
Fütterer, Wolfgang	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (zeitweise)
Koob, Michael	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (zeitweise)
Schneider-Jaksch, Ute	Jugendamt
Mews, Norbert	Jugendamt
Niederhöfer, Frank	Schulabteilung (zeitweise)
Renner, Erich	Amt für Soziales
Bonnmann, Ralf	Amt für Soziales

**Schriftführerin:**

Schüßler, Helene

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Soziales, Abgeordneter Randoald Reinhardt, der im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, Abgeordnetem Gottfried Schneider, die Sitzungsleitung übernahm, eröffnete um 17:05 Uhr die 16-001. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales und des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit der beiden Ausschüsse fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Abgeordneter Dr. Greif regte an, den Sachstandsbericht zum Umsteuerungsprojekt des Jugendamtes 'Familien stärken - Zukunft schaffen' (Informationsvorlage 16-1598 - als Mitteilung des Kreisausschusses bereits mit der Einladung zur nächsten Kreistagssitzung am 14. Dezember 2009 versandt) im Rahmen der Beratung über den Teilhaushalt 03 zu behandeln und die Tagesordnung um einen neuen Unterpunkt 1.4 zu erweitern. Hiermit waren die Ausschüsse einvernehmlich einverstanden.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1:**

**Gemeinsame Beratung über**

**Punkt 1.1:**

**Entwurf des Nachtrags zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2009 - Teilhaushalte 02 und 03  
Vorlage: 16-1522/1**

**Punkt 1.2:**

**Entwürfe**

- a) der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2010 - Teilhaushalte 02 und 03**
  - b) des Investitionsprogrammes für den Zeitraum 2010 bis 2013**
  - c) des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Zeitraum 2010 bis 2013**
- Vorlage: 16-1547/1**



Anschließend befassten sich die beiden Ausschüsse anhand der Entwürfe des Nachtragshaushaltsplanes 2009 einschließlich "weißer" Änderungsliste, des Haushaltsplanes 2010 einschließlich blauer Änderungsliste und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2010 bis 2013 sowie anhand der Erhebung der vertraglich gebundenen Aufwendungen und der Aufwendungen für freiwillige Leistungen eingehend mit den Produkten des Teilhaushalts 02 mit folgenden Ergebnissen:

- Produkte 2010 - 2070 - Grundschulen, Kombinierte Schulen, Gymnasien, Förderschulen, Berufliche Schulen

Abgeordnete Hechler hielt detaillierte Informationen zu den Aufwendungen für vertragliche Leistungen betreffend Ganztagsangebote, Support, Medienausstattung und für die Verträge mit Städten und Gemeinden für erforderlich, um zumindest für den Haushalt 2011 Einsparmöglichkeiten erkennen zu können. Ausschussvorsitzender Schneider verwies auf den für 2010 geplanten Aufbau eines flächendeckenden Vertragsmanagements in der Verwaltung, in dessen Rahmen auch diese vertraglichen Leistungen überprüft werden.

Mitarbeiter der Verwaltung beantworteten Fragen zur Erhebung von Gastschulbeiträgen und zur Erstattung von Beschulungskosten durch das Land und erläuterten die Möglichkeiten des Schulträgers, die Aufnahme von auswärtigen Schülern zu begrenzen.

Weiter thematisiert wurden der Kostendeckungsgrad des Gastschulbeitrags bzw. der Beschulungskosten und das "Gastschülersaldo" des Kreises. Erster Kreisbeigeordneter Metz bat die Ausschüsse, mit Rücksicht auf die Belastung für die Verwaltung derzeit auf nicht haushaltsrelevante Prüfaufträge wie die Ermittlung des "Gastschülersaldos" zu verzichten.

Bei Produkt 2070 außerdem angesprochen wurden die Aufwendungen für Zuschüsse zu den internationalen Schulpartnerschaften der drei beruflichen Schulen.

Bei den Produkten 2010, 2021, 2040, 2060 und 2070 wurden von den Ausschüssen keine Änderungen der Ansätze vorgesehen.

- Produkt 2080 - Schülerbeförderung

Kritisch diskutiert wurden der Leistungsumfang und die Modalitäten des Maxx-Tickets, Einsparpotenziale durch Optimierung des Schülerverkehrsangebotes und besserer Abstimmung der Unterrichtszeiten zwischen den Schulen sowie eine mögliche Kürzung bei den als freiwillig/disponibel angegebenen Mehrleistungen von 800.000 €.

Landrat Wilkes verwies bezüglich des Schülerbeförderungsangebotes auf die im Juli 2009 vorgelegten Ergebnisse des Gutachtens zum Schülerverkehr und die geringe Zahl der Beschwerden von Eltern im laufenden Schuljahr. Er befürchtete, dass die Übergangsphase bis zur erwarteten flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen in den nächsten Jahren für die Schulträger schwierig und kostspielig bleiben werde. Das Maxx-Ticket bezeichnete er hinsichtlich Aufwand und Kosten derzeit als die für den Kreis günstigste Alternative für die Schülerbeförderung, wobei in Anbetracht

dessen Leistungsumfanges eine Eigenbeteiligung der Eltern/Schüler angemessen wäre und auch wieder vom Landesgesetzgeber ermöglicht werden sollte. Eine Kürzung der Mehrleistungen bei der Schülerbeförderung hielt er für möglich; die Entscheidung, welche Leistungen gestrichen werden sollen, sei allerdings von der Politik und nicht von der Verwaltung zu treffen.

Eine Eigenbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten erklärte die SPD-Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete Hechler, für ihre Fraktion auch zukünftig für tabu. Einsparpotenziale sah sie durch weitere Optimierung des Verkehrsangebotes und Harmonisierung der Unterrichtszeiten von Schulen und regte die Prüfung anderer Beförderungsmodelle als Alternative zum Maxx-Ticket an.

Für die CDU-Fraktion signalisierte der Fraktionsvorsitzende, Ausschussvorsitzender Schneider, die Bereitschaft zu Einsparungen bei der Schülerbeförderung. Weiter plädierte er ebenso wie Abgeordneter Ruoff für eine Prüfung anderer Beförderungsmodelle in Bezug auf die Kosten und eine intensive Befassung der Kreisgremien mit der Thematik in den kommenden Haushaltsjahren.

Nach unterschiedlichen Vorschlägen (Abgeordneter Dr. Greif: Kürzung des Ansatzes für als freiwillig/disponibel angegebenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 400.000 €, Abgeordnete von Hunnius und Apfel: Prüfauftrag an die Verwaltung bezüglich einer möglichen Ansatzkürzung um 400.000 €) verständigten sich die Ausschüsse auf den Kompromissvorschlag von Abgeordnetem Roeder, beim Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bei der Schülerbeförderung für 2010 in Höhe von insgesamt 7.890.000 € bis zur Vorlage eines Einsparkonzeptes des Kreisausschusses einen Teilbetrag von 400.000 € mit einem vom Haupt-, Finanz- und Personalausschuss aufzuhebenden Sperrvermerk zu versehen.

Diesem Kompromissvorschlag schlossen sich die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Soziales einstimmig und die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses einstimmig bei einer Stimmenthaltung an.

- Produkt 2085 - Schulverwaltung

Die Verwaltung wurde auf die fehlende Abplanung der Erträge aus den Zuweisungen für das entfallende Herbst-Camp hingewiesen.

Zur Anregung von Abgeordnetem Hoch, in Anbetracht der steigenden Zuweisung an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft die Durchführung der vorgesehenen Baumaßnahmen zeitlich zu strecken, erklärte Landrat Wilkes, dass die meisten Maßnahmen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms durchgeführt würden und damit bis Ende 2009 begonnen werden müssten.

Die Verwaltung gab Erläuterungen zu den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (Zuweisungen, die sich auf mehrere Haushaltsjahre erstrecken) und zu den investiven Aufwendungen für Schulbibliotheken (in der Regel nur für die Ersteinrichtung; Bücher sind als geringwertige Wirtschaftsgüter als Aufwand zu veranschlagen und werden zudem häufig durch Fördervereine finanziert).

Abgeordnete Hechler wünschte eine Auflistung aller vertraglichen Leistungen bei den die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (insbesondere für die Medienausstattung und Fort- und Weiterbildung) sowie für Zuweisungen und Zuschüsse, um eventuelle Einsparpotenziale erkennen zu können. Auch bezüglich der Zuweisung an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft ging sie von einer Kürzungsmöglichkeit aus, da auch beim Eigenbetrieb Einsparpotenziale zu erwarten seien. Ausschussvorsitzender Schneider verwies hierzu auf die im Konsolidierungskonzept vorgesehene Kürzung der Sachkosten im Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft um 1 Mio. €.

Abgeordneter von Hunnius beantragte die Streichung des Ansatzes für die Sportkoordination von 7.500 € und zog den Antrag nach Erläuterung der Aufwendungen durch die Verwaltung wieder zurück.

Ausschussvorsitzender Schneider stellte den Antrag, beim Ansatz für Sach- und Dienstleistungen der Schulverwaltung für 2010 einen Betrag von 65.000 € (Differenz zwischen den Ansätzen für vertragliche Leistungen im Haushalt 2010 und Nachtragshaushalt 2009) mit einem vom Haupt-, Finanz- und Personalausschuss aufzuhebenden Sperrvermerk zu versehen. Für eine Freigabe des gesperrten Betrages müsse die Verwaltung eine Auflistung der betroffenen vertraglichen Leistungen vorlegen.

Dem Antrag von Ausschussvorsitzenden Schneider stimmten der Ausschuss für Schule und Soziales und der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss jeweils einstimmig zu.

- Produkt 2100 - Kreisvolkshochschule

Bezüglich des an die städtischen Volkshochschulen weitergeleiteten Landeszuschusses von 107.000 € stellte Ausschussvorsitzender Schneider folgenden Antrag:

"Die vom Land Hessen zur Verfügung gestellten Mittel für die Kreisvolkshochschule sollen künftig ausschließlich hierfür verwendet werden. Dem Kreisausschuss wird empfohlen, die vorliegende Vereinbarung mit den Städten, die eine eigene Volkshochschule unterhalten vorsorglich zu kündigen und mit diesen städtischen Trägern in Gespräche bezüglich einer künftigen Struktur der Volkshochschule(n) im Kreis Bergstraße einzutreten. Dem Kreistag soll über das Ergebnis dieser Gespräche bis Mitte 2010 berichtet werden, damit rechtzeitig zum Haushalt 2011 erforderliche Beschlüsse gefasst werden können."

Dem Antrag von Ausschussvorsitzenden Schneider stimmten der Ausschuss für Schule und Soziales und der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss jeweils einstimmig zu.

Bezüglich des Kreiszuschusses an die städtischen Volkshochschulen von 7.300 € beschlossen der Ausschuss für Schule und Soziales einstimmig und der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss mehrheitlich bei einer Neinstimme, dass der Zuschuss für 2010 eingestellt werden solle.

Landrat Wilkes kündigte noch für dieses Jahr eine entsprechende Beschlussfassung des Kreisausschusses an.

Wie von Ausschussvorsitzendem Schneider vorgeschlagen, befassten sich die Ausschüsse vor der Beratung der den Bereich Soziales betreffenden Produkte des Teilhaushaltes 03 mit dem Sachstandsbericht zur Umsetzung der Maßnahmen im Sozialbereich nach der Evaluation diese Teilhaushaltes (Vorlage 16-1609).

Erster Kreisbeigeordneter Metz und Herr Burelbach gaben ergänzende Erläuterungen und Auskünfte zu einzelnen Maßnahmen im Eigenbetrieb Neue Wege und im Amt für Soziales und zu den hieraus erwarteten Einsparpotenzialen. Erster Kreisbeigeordneter Metz wies dabei besonders auf die derzeit unzureichende personelle Ausstattung für den Aufbau des zentralen Forderungsmanagements hin.

Abgeordnete Hartmann bat um eine Aufstellung zur Entwicklung der Fallzahlen der "Aufstocker" (erwerbsfähige Hilfebedürftige, die vom Eigenbetrieb ergänzende Leistungen zu ihrem Einkommen erhalten) ab September 2009 (als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Ausschussvorsitzender Schneider schlug vor, bei den Transferaufwendungen der Produkte im Bereich Soziales für 2010 einen Gesamtbetrag von 700.000 € abzuplanen. Die Verwaltung solle Mitte des Jahres 2010, ggf. im Rahmen des zweiten Controllingberichtes, über die Entwicklung der Ansätze bei den Transferaufwendungen informieren und eine Einschätzung abgeben, ob weitere Einsparungen möglich seien.

Für die vorgeschlagene Mittelkürzung für Transferaufwendungen nannte Erster Kreisbeigeordneter Metz folgende Produkte:

Produkt 3010 - Hilfe zum Lebensunterhalt:	minus 100.000 €
Produkt 3020 - Hilfe zur Pflege:	minus 100.000 €
Produkt 3060 - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung:	minus 500.000 €

Den vorgeschlagenen Mittelkürzungen für Transferaufwendungen im Bereich Soziales stimmten der Ausschuss für Schule und Soziales und der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss jeweils einstimmig zu.

Vor der Beratung der den Bereich Jugend betreffenden Produkte des Teilhaushaltes 03 gab Frau Schneider-Jaksch ergänzende Erläuterungen zum Sachstandsbericht zum Umsteuerungsprojekt "Familien stärken - Zukunft schaffen" (Vorlage 16-1598). Mit Hinweis auf die auf langfristige Wirkung angelegte Umsteuerung bat sie, bezüglich des Projektes keine Mittelkürzungen vorzusehen.

Auf Fragen und Anmerkungen von Ausschussmitgliedern zu folgenden Produkten gaben Frau Schneider-Jaksch und Herr Mews Auskünfte:

- Produkt 3140 - Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und Tagespflege

Die steigenden Aufwendungen sind auf den Ausbau der Ausbildung von Tagespflegepersonen und die Bezuschussung von mehr Tagespflegeplätzen zurückzuführen. Es wird mit einer Zunahme der Tagespflegeplätze von aktuell 330 auf 700 in 2010 gerechnet.



- Produkt 3151 - Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Bei der Produktbeschreibung wird für den Bereich Prävention eine Ergänzung der Leistungen um Projekte auch gegen jede andere Form extremistisch motivierter Handlungen vorgenommen. Die Aufwendungen für Zuweisungen an die Jugendverbände für die Durchführung von Veranstaltungen erhöhen sich durch die Anpassung der Förderbeträge pro Kind und pro Betreuer.

Ausschussvorsitzender Schneider schlug vor, im Bereich Jugend genauso wie im Bereich Soziales bei den Transferaufwendungen Mittel in Höhe von rund 1 % des Verwaltungsergebnisses, d.h. 300.000 €, abzuplanen.

Für die vorgeschlagene Mittelkürzung bei den Transferaufwendungen nannte Frau Schneider-Jaksch folgende Produkte:

Produkt 3140 - Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und Tagespflege	minus 150.000 €
Produkt 3170 - Hilfe zur Erziehung	minus 100.000 €
Produkt 3200 - Eingliederungshilfe	minus 50.000 €

Den vorgeschlagenen Mittelkürzungen für Transferaufwendungen im Bereich Jugend stimmten der Ausschuss für Schule und Soziales und der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss jeweils einstimmig zu.

Abschließend gab der Ausschuss für Schule und Soziales seine Beschlussempfehlungen zum Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes 2009 und zu den Entwürfen des Haushaltsplanes 2010, des Investitionsprogrammes 2010 bis 2013 und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2010 bis 2013 für die jeweils in seine Zuständigkeit fallenden Teilhaushalte 02 und 03.

### **Nachtragshaushalt 2009**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Soziales stimmt den in seine Zuständigkeit fallenden Entwürfen der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte 02 und 03 des Nachtragsplanes zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, unter Berücksichtigung der nach dem 28.09.2009 eingetretenen Änderungen (weiße Änderungsliste, Stand 23.11.2009), zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stimmt den vom Kreisausschuss festgestellten Entwürfen der Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen (rote Änderungsliste) zu und erlässt gemäß § 30 Ziffer 6 HKO in Verbindung mit § 52 Absatz 1 HKO und § 97 HGO die Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2009 entsprechend dem Entwurf vom 14.12.2009."

